

Herr Utsch fragt nach, welche konkreten Maßnahmen sich hinter den vorläufigen Zielen und Zwecke der Entwicklungsmaßnahmen verbergen würden. Die Gemeinde könne zwar den Wunsch äußern, den Standort in Eitorf zu erhalten, habe aber wenig bzw. gar keinen Einfluss auf die Optimierung der Betriebsabläufe. Fraglich sei daher, wer, was, wann, wie und womit die Ziele umgesetzt werden sollen. Vor allem der Personalbedarf (Beauftragung eines Planungsbüros, Entwicklungs-GmbH, zusätzliche Stelle, usw.) für die Umsetzung sei nicht abschließend geklärt. Aufgrund der offenen Fragen beantragt die FDP-Fraktion, die Beschlussfassung zu vertagen und die Vorlage zunächst im Fachausschuss zu beraten.

Herr Strausfeld ist überrascht über die Bedenken der FDP-Fraktion, da die Thematik in der AG Haushalt intensiv behandelt worden sei. Aus Sicht der CDU-Fraktion bestehe daher kein erneuter Beratungsbedarf. Frau Zorlu (SPD-Fraktion) schließt sich der Auffassung ihres Vorredners an.

Frau Prinz-Klein führt aus, dass die Entwicklung der Gesamtlage ungewiss sei. Die Verwaltung bzw. der Rat der Gemeinde Eitorf müsse daher alle städtebaulichen Mittel ausschöpfen, um handlungsfähig zu werden. Dies werde durch den Beschluss ermöglicht.

Herr Reisbitzen ergänzt, dass in der heutigen Ratssitzung nur ein Grundsatzbeschluss zu fassen sei. Die einzelnen Maßnahmen müssten ohnehin im Fachausschuss beraten werden. Er stellt nochmals klar, dass Priorität der Erhalt der Arbeitsplätze der ZF-Mitarbeiter sei. Dennoch müsse die Gemeinde Eitorf einen Plan-B in der Hinterhand haben, welcher mit dem heutigen Beschluss auf den Weg gebracht werde.

Herr Storch befürwortet die Vorgehensweise, die einzelnen Maßnahmen im Fachausschuss zu beraten. Daher werde die FDP ihren Antrag auf Vertagung zurückziehen. Er bittet jedoch darum, den letzten Satz des Beschlusses

„Die Anpassung des Stellen- und Haushaltsplanes sowie eine Umorganisation der EWG/Wifö sind beabsichtigt.“

zu streichen und sich auf den Grundsatzbeschluss zu fixieren, da der Personalbedarf/-struktur noch völlig ungeklärt sei.

BM Viehof stellt klar, dass über den Personalbedarf (Stelleplan) gesondert im Personalausschuss und die Einzelmaßnahmen in den Fachausschüssen beraten würden.

Herr Scholz fasst den Beratungsverlauf kurz zusammen.

Herr Thienel ergänzt, dass bei einer möglichen Werkschließung die Gewerbefläche erneut beplant werden müsste. Durch die heutige Beschlussfassung zu TOP 3.1 und 3.2 könne die Verwaltung ihr Vorkaufsrecht ausüben. Im Anschluss müssten die Flächen entwickelt werden. Dies sei – bereits vom Namen her – originäre Aufgabe der Entwicklungs GmbH, die allein zu diesem Zweck gegründet worden sei.

Herr Storch teilt abschließend mit, dass er dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Allerdings distanzieren er sich ausdrücklich, wie oben bereits erläutert, vom letzten Satz des Beschlussvorschlages.

Frau Prinz-Klein ergänzt beziehungsweise auf den Redebeitrag von Herrn Utsch, dass – wie bereits erläutert – über die personelle Ausstattung im nächsten Personalausschuss im Rahmen des Stellenplanes zum

Doppelhaushalt 2023/24 beraten werde. Alle anderen Maßnahmen würden zu gegebener Zeit inhaltlich in den zuständigen Fachausschüssen beraten.

Zum Ende der Diskussion bekräftigt Herr Strausfeld, dass Ziel von Politik und Verwaltung der Erhalt des ZF-Standortes in Eitorf sei. Sodann gibt BM Viehof den vorliegenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung frei.